

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.01.2023

Inhalt

EWN

- 1 | **Komplex und kontrovers: Das Geschäft mit Flüssiggas**
Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 12.01.2023 3
- 2 | **Schweden steigt wieder in Atomkraft ein**
Münchener Merkur Stadtausgabe, 12.01.2023 5

Komplex und kontrovers: Das Geschäft mit Flüssiggas

Wenn der Bundeskanzler am Samstag das LNG-Terminal in Lubmin symbolisch in Betrieb nimmt, betritt er vermintes politisches Gelände. Denn der Deal mit dem Flüssiggas ist politisch hochexplosiv.

Lubmin. Über Jahre war alles ganz einfach: Russland lieferte aus den offenbar unendlichen Vorräten und Weiten Sibiriens vor allem über Nord Stream 1 sowie anderen Pipelines günstig Gas nach Deutschland. Kaum einer machte sich Gedanken – die Energieversorgung war eine Selbstverständlichkeit, die Wohnung im Winter warm. Dass seit dem 24. Februar 2022 die (Energie-)Uhren anders ticken, ist zwar bereits zigmal in unzähligen Reden betont worden, doch Folgen und Konsequenzen dieser von Olaf Scholz bezeichneten „Zeitenwende“ sind noch längst nicht zu Ende gedacht.

Im Mittelpunkt aller politischen Überlegungen: Die Bundesregierung mietet Schiffe und Terminals, mit denen das teure Flüssigerdgas (LNG) zur Energieversorgung aus aller Herren Länder nach Deutschland transportiert wird. „Wir bauen bei den schwimmenden Flüssigerdgasterminals erstmals eine neue Infrastruktur auf, die es bislang in Deutschland nicht gibt und die ein zentraler Baustein zur Stärkung der Vorsorge ist“, heißt es dazu aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Und weiter: „Wir haben derzeit fünf staatliche FSRU (schwimmende Terminals) angemietet – mit einer Kapazität von je mindestens 5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr und Schiff. Zusätzlich gibt es das private LNG-Projekt der Deutschen Regas in Lubmin mit einer Kapazität von rund 4,5 Milliarden Kubikmeter.“ Dies wird am Samstag mit großer politischer Prominenz in Betrieb genommen – neben dem Bundeskanzler werden auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig vor Ort sein.

Soweit die offizielle Seite aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Doch es gibt offenbar im Haus von Robert Habeck auch andere Papiere und Aussagen. Demnach beziffert das Ministerium die Kapazität der geplanten schwimmenden Terminals, die in diesem und nächsten Winter in Betrieb gehen sollen, auf 53 bis 68 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 wurden aus Russland rund 54 Milliarden Ku-

bikmeter nach Deutschland transportiert.

Baut Deutschland zu viele LNG-Kapazitäten auf?

Nicht zu vergessen: In den Jahren 2025 und 2026 sollen drei feste Terminals an Land in Betrieb gehen – mit einer Gesamtkapazität von bis zu 53 Milliarden Kubikmeter. Im Wirtschaftsministerium wird in dem Zusammenhang zwar betont, dass diese festen Terminals die schwimmenden ersetzen sollen. Der Pferdefuß: Die Mindestmietdauer für die vom Bund betriebenen Terminals beträgt zehn Jahre. Das heißt: Zumindest ein Teil der Kapazität stünde ab 2026 parallel zur Verfügung – und damit insgesamt wesentlich mehr, als bisher aus den Leitungen aus Russland kam.

Das Bundeswirtschaftsministerium versucht den vermeintlichen Widerspruch aufzulösen: „Beim Ausbau dieser neuen Infrastruktur agieren wir im Sinne europäischer Solidarität. Deutschland hat aktuell keine eigene LNG-Anlande-Infrastruktur und nutzt Anlande-Terminals vorwiegend in Belgien und den Niederlanden. Wir möchten aber einen Beitrag leisten, um eine sichere Infrastrukturversorgung in Europa zu gewährleisten, um so Kapazitäten in Europa zu erweitern und die Sicherheit der Versorgung zu erhöhen.“ Das bedeutet, dass Deutschland künftig nicht das gesamte Gas, was an deutscher Nord- und Ostsee angeliefert werde, auch ausschließlich für sich nutze – sondern auch europäische Länder mit versorge.

Das Wirtschaftsministerium verweist darauf, dass seit dem Ausbleiben der Gaslieferungen aus Russland erhöhte Lieferungen aus Nachbarstaaten wie Belgien, den Niederlanden oder Norwegen kämen. Auf Dauer aber könnten diese Länder das russische Gas nicht ohne Weiteres kompensieren. Durch die größere europäische Nachfrage sei beispielsweise Norwegens Gasförderung aktuell am oberen Kapazitätslimit angelangt.

Auch die hohen Erdgaslieferungen aus den Niederlanden könnten aufgrund der nachlassenden niederlän-

dischen Förderung auf mittlere Sicht nicht aufrechterhalten werden, so das Ministerium. Zur Kompensation müssten erhöhte LNG-Lieferungen in die Niederlande fließen. Diese könnten Deutschland aufgrund infrastruktureller Engpässe im Gasnetz aber nicht unmittelbar zur Verfügung stehen. Das gleiche gelte für Belgien.

Wie komplex die Gaslieferungen fließen, zeige lautet Habeck-Haus ein anderes Beispiel. „Eine LNG-Einspeisung über das polnische Swinemünde ist nur rein theoretisch möglich. Seit der Umstellung der Jamal-Pipeline auf West-Ost-Fluss kann kein Gas mehr in Richtung Westen fließen. Dies aber wäre erforderlich, um vom polnischen LNG-Terminal versorgt werden zu können. Tatsächlich wird Polen seit Monaten aus Deutschland mitversorgt, da die Versorgung über Swinemünde und Baltic Pipe derzeit nicht ausreicht“, sagte das Ministerium auf eine Anfrage des Nordkurier.

Auch die drei französischen LNG-Terminals könnten aufgrund von Netzengpässen in Frankreich nicht zur Versorgung Deutschlands beitragen. Und auch die Versorgung über den Knotenpunkt Schweiz sei in der Menge nur begrenzt. Schlussfolgerung des Bundeswirtschaftsministeriums: „Die deutschen LNG-Terminals tragen maßgeblich zur Diversifizierung der Gasversorgung in Europa bei. Deutsche Terminals können damit auch zur Entspannung und besseren Versorgung des Gasmarktes sorgen.“

Dabei werde auch darauf geachtet, dass die derzeitige Erweiterung und Verbesserung der Leitungsinfrastruktur auch für Folgeinvestitionen genutzt werden könnten und langfristig zur Verfügung stünden. Konkret: „Diese Netzinfrastrukturen sollen später auch tauglich für den Transport von Wasserstoff sein.“

Ein gewaltiges Programm mit gewaltigen Kosten – das Ministerium nennt Zahlen und Daten: „Der Ausbau hat unterschiedliche Projektphasen. Insgesamt geht es um den Gesamtzeitraum von 2022 bis 2038. Die Kostenschätzungen für diesen sehr langen Zeitraum betragen derzeit rund 9,7 Milliarden Euro.“ Wichtig sei

laut Ministerium, dass den Kosten auch Einnahmen für den Bund gegenüber stünden. Denn ab Inbetriebnahme der Terminals würden Regasifizierungsentgelte fällig, die in der Phase ab Inbetriebnahme anfielen.

Sofern es zur Inbetriebnahme überhaupt kommt. Denn auf dem politisch und infrastrukturell glatten LNG-Markt spielt auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) eine Rolle. Gegenüber dem Nordkurier betonte DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner: „Die Behörden haben die Einwendungen der Zivilgesellschaft beim Genehmigungsverfahren für das privat betriebene LNG-Terminal in Lubmin weitestgehend ignoriert. Immer noch sind für wesentliche Bestandteile des Projektes noch nicht einmal Antragsunterlagen vorgelegt worden. Die geplante feierliche Eröffnung am Samstag ist ein herber Schlag für den Klimaschutz.“

LNG-Standort in Lubmin: Klage gegen Genehmigung

Vor diesem Hintergrund hegt Müller-Kraenner einen Verdacht: „Im Wettlauf mit anderen LNG-Standorten möchte Mecklenburg-Vorpommern offenbar nicht das Nachsehen haben und räumt deshalb den Weg für das Terminal frei. Das undurchsichtige Vorgehen, die mangelnde Öffentlichkeitsbeteiligung und der voraus-eilende Gehorsam gegenüber einem Gaskonzern erinnern fatalerweise an die Klängelei der Regierung Schwesig mit der Nord Stream 2 AG.“ Konsequenz für die Umwelthilfe: „Wir werden weiter auf ein rechtsstaatliches Verfahren pochen und gegen diese Genehmigung Widerspruch einlegen.“

Mit anderen Worten: Sollte die Umwelthilfe mit ihrer Klage gegen die Anlage in Lubmin oder mit möglichen und bereits geäußerten Überlegungen, auch das Terminal in Wilhelmshaven zu beklagen, erfolgreich sein, könnte dem komplexen europäischen Gas-Puzzle eventuell ein extrem wichtiges Teil fehlen – und der symbolische Starttermin am Samstag durch den Bundeskanzler könnte sich später als klassischer Fehlstart erweisen.

📰 Münchener Merkur Stadtausgabe | 12.01.2023 | S. 5

📄 Auflage: 23.583 | Reichweite: 108.816

👤 Andre Awar

Schweden steigt wieder in Atomkraft ein

Eigentlich hatte Schweden vor über 40 Jahren als weltweit erstes Land per Volksentscheid den Atomausstieg entschieden. Doch Links- wie Rechtsregierungen ignorierten den gesetzlich bindenden Entschluss. Nun sollen sogar neue Standorte entstehen.

Stockholm – Es war das Jahr 1980. Schwedens Umweltschützer, die damals noch jungen, angriffslustigen Grünen, jubelten laut vor den Farbfernsehern, als das Ergebnis eines historischen Referendums verkündet wurde: In einem Volksentscheid stimmte die Mehrheit für die Abschaffung der ihrer Meinung nach zu riskanten Kernkraft. Das schwedische Parlament, der Riksdag, verabschiedete daraufhin den gesetzlich bindenden Ausstieg. Danach löste sich die Anti-Atomkraft-Bewegung Schwedens in freudiger Siegesgewissheit de facto auf.

Die ganze Welt schrieb damals über Schweden. Es war das erste Land überhaupt, das aus der Kernkraft aussteigen wollte – sechs Jahre vor dem katastrophalen GAU im sowjetischen Tschernobyl und ein knappes Jahr nach dem ersten Reaktorunfall im US-Kernkraftwerk Three Mile Island. Doch es kam anders.

Trotz zahlreicher Pannen, die teils sehr riskant waren, darunter ein Beinahe-GAU im AKW Forsmark 2006, ignorierten überraschenderweise selbst von den Grünen maßgeblich gestützte rote Regierungen den Ausstiegsentscheid. Nun will die von den rechtspopulistischen Schwedendemokraten geduldete bürgerliche Minderheitsregierung die Rolle rückwärts vollziehen: Vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage wolle man neue Reaktoren „an mehreren Orten errichten“, hieß es am Mittwoch. „Ziel ist es, den Betreibern den Bau weiterer Kernkraftwerke in Schweden zu ermöglichen“, so die liberale Ministerin für Umwelt und Klimawandel, Romina Pourmokhtari.

Der Hintergrund: In den Umweltvorschriften ist bislang eine Obergrenze von zehn Reaktoren festgelegt,

und Kernkraftwerke können nur dort gebaut werden, wo es bereits Reaktoren gibt: Forsmark, Oskarshamn und Ringhals. Die Regierung schlägt deshalb vor, diese Beschränkung aufzuheben. „Wir werden dem Parlament Vorschläge unterbreiten, um die Kernkraft an mehr Orten zu nutzen“, sagt der konservative Ministerpräsident Ulf Kristersson. Nach Angaben der Regierung könnte die Änderung im März 2024 in Kraft treten. Schweden braucht die Kernkraft – auch um die Emissionen zu reduzieren, sagt Umweltministerin Pourmokhtari. Man wolle auch ermöglichen, dass kleinere Reaktoren gebaut werden können.

Aus gutem Grund spare man derzeit Strom, langfristig brauche man aber viel mehr davon, etwa für die Elektrifizierung der Industrie und des Verkehrs, betont auch Kristersson. Es bestehe dringender Bedarf. „Ich denke, wir sollten alles in Betracht ziehen, was die Stromerzeugung in den kommenden Jahren steigern kann.“

Wo die Kraftwerke hin sollen, eines der alten AKWs liegt gar nahe der Hauptstadt Stockholm, ist noch nicht entschieden. „Die Regierung hat keine Meinung dazu, wo die Kernenergie am besten zu bauen ist. Es gibt viele Orte, an denen sich eine stromintensive Industrie ansiedeln möchte“, sagt Kristersson.

Dass die Kernkraft bleibt, damit haben sich selbst die Grünen in Schweden erstaunlicherweise angefreundet. Auch der Blick auf den deutschen Atom-Ausstieg – zum 15. April sollen hierzulande unter anderem auf Betreiben der Grünen die letzten drei Meiler vom Netz gehen – ändert daran wenig.